

## Recht auf Stadt ?

*Heim in die Stadt der kurzen Wege – heißt es in der Einladung zum Landschaftsarchitektentag 2012 in Stuttgart, der sich mit dem Thema „Leben in der Stadt – Sterben auf dem Land“ beschäftigt und weiter: und heim in die naheliegende Versorgung des Alters (... ) Welche Stadträume stehen dann noch jungen Menschen zur Verfügung und welche Formen der Aneignung des öffentlichen Raums gibt es?*

Ohne Frage stellt der demografische Wandel Planerinnen und Planer vor neue Herausforderungen (Stichwort Altersarmut und Wohnungsbau) und ebenso sicher führt das neue Interesse am Leben in der Stadt - zumindest in manchen Städten zu Verdrängungsprozessen. Aber sind die „Alten“ dabei wirklich das Problem? Werden Sie unsere Einkaufszentren verstopfen, kulturellen Einrichtungen belegen und öffentlichen Räume dominieren? Ist es wirklich notwendig, Orte für bestimmte (Ziel)Gruppen zu entwerfen? Muss öffentlicher Raum sich nicht vielmehr allen anbieten, gerade weil dies weniger denn je selbstverständlich ist?

Zunächst ein Zitat. Es stammt von Andrej Holm (Sozialwissenschaftler an der Humboldt Uni Berlin)

*Unter dem Stichwort „Right to the City“ – „Recht auf die Stadt“ – konstituieren sich weltweit neue städtische Protestbewegungen, die gegen die neoliberale Hegemonie eigene Ansprüche an den städtischen Entwicklungen einfordern. In New Orleans fordern die Mieter der Sozialwohnungssiedlungen die Rückkehr in ihre preiswerten Wohnungen, in Madrid protestieren Sexarbeiterinnen und Bewohner gegen die Verdrängung aus ihrem Stadtteil, in Istanbul wehrte sich eine Roma-Nachbarschaft gegen den Abriss einer ganzen Siedlung, in kleineren deutschen Städten wie Wuppertal mobilisieren breite Bündnisse gegen das kommunale Spardiktat, und in Hamburg besetzten Künstler die letzten historischen Gebäude im Gängeviertel, um die Neubaupläne eines Investors zu verhindern. Doch so vielfältig die einzelnen Aktivitäten und Forderungen sind, es gab kaum einen städtischen Protest, der nicht auf die Parole „Recht auf die Stadt“ zurückgegriffen hätte.*

Andrej Holm

Die Forderung eines „Rechts auf die Stadt“ geht auf den französischen Soziologen Henri Lefebvre zurück. Gemeint ist ein „Recht auf Nichtausschluss“ von den Qualitäten und Leistungen der urbanisierten Gesellschaft. Lefebvre beschreibt die sozioökonomische Segregation in der Stadt der 1960er Jahre und fordert angesichts der Benachteiligung breiter Bevölkerungsschichten (z.B. in den Wohnghettos an den Rändern der Stadt) ein „Recht auf die Stadt“ als kollektive Wiederaneignung. Sein Aufruf beschränkt sich dabei nicht auf die konkrete Nutzung und Form städtischer Räume, sondern meint auch den Zugang zu den politischen Debatten über die künftige Entwicklung des städtischen Raums. Vor über 40 Jahren ist hier ein Anspruch formuliert, der uns bis heute beschäftigen sollte: Wem gehört die Stadt?

Nun hat sich vieles in unseren Städten seit den 1960er Jahren verändert. Sozioökonomische Segregation ist aber noch – oder wieder? – ein Thema. Gerade heute beziehen sich viele städtische Protestbewegungen auf die griffige Formel Lefebvres. Wenngleich manch einer der Proteste weit weniger grundsätzlich argumentiert als der Philosoph, stellen sich fast immer ähnliche Fragen z.B. Wer verdrängt wen? Führt eine unternehmerische Stadtpolitik (entrepeneurial) zwangsläufig zu Gentrifizierung? Wie groß ist das Integrationspotenzial der „Creative City“ oder ist gerade dieses Leitbild der beste Garant für Ausschlussprozesse?

Im Rahmen des Impulsvortrages sollen nun konkret drei Eigenschaften von Stadtraum adressiert werden, die Schlüsselfaktoren für die Qualität öffentlicher Räume und deren Zugänglichkeit sind. Dabei wird die Behauptung aufgestellt, sie gelten sogar unabhängig davon, ob es sich um einen prosperierenden oder strukturschwachen Kontext handelt. Die drei Eigenschaften sind: offen – unfertig und kontextuell

## offen

Öffentliche Räume müssen offen sein: offen für unterschiedliche Nutzungen, Deutung und Umdeutung; offen für unterschiedliche NutzerInnen und wandelbar im Lauf der Zeit; offen für „Gemeinschaft und Eigensinn“ wie Janson Wolfrum so treffend formuliert haben.

Als der Begriff Offene Räume vor mehr als 10 Jahren für die Kulturregion Stuttgart zum Thema gemacht wurde<sup>1</sup> war dies noch ein gewagter Ansatz. Heute ist das Adjektiv „offen“ in Planungs- und Gestaltungsdiskursen (schon fast bis zum Überdross) allgegenwärtig. Die Qualität der Offenheit spielt eine zentrale Rolle bei der Frage, wer ein „Recht auf Stadt“ besitzt. Denn das Attribut „offen“ meint mehr als ein Sicherstellen unmittelbarer und ungehinderter Zugänglichkeit. Es meint vielmehr eine konzeptionelle, inhaltliche Offenheit. Der/die einzelne NutzerIn soll unterschiedliche, dem Ort innewohnenden Potenziale zum Vorschein bringen, ihn damit temporär interpretieren und aneignen können. Der Gedanken des produktiven Wechselspiels zwischen Akteur und Objekt findet sich bereits bei Umberto Eco (in den 1960er Jahren) wenn er vom offenen Kunstwerk spricht. Es entsteht in der Rezeption und Interpretation durch den Betrachter jedes einzelnen Mal neu und in der Summe dieser individuellen Prozesse bildet sich ein Möglichkeitsfeld ab, das letztlich das eigentliche Kunstwerk ist. Ähnlich plädiert Kees Christiaanse mit seinem Bild von der Stadt als Loft für programmlose Offenheit und die Möglichkeit zur Deutung räumlicher Situationen. Er beschreibt zwei wesentliche Charakteristika eines Lofts: Zunächst den unangepasster Raumzuschnitt eines typischen alten Hafener oder Lagergebäudes für die Wohnnutzung - gleichzeitig aber die starke authentische Präsenz des Raums. Diese Merkmale überträgt Christiaanse auf den Stadtraum und legt die Schlussfolgerung nahe, dass es der Aneignbarkeit aber auch Anpassungsfähigkeit öffentlicher Räume zugute kommt, wenn sie – wie ein großer Loft Space - keine konkrete Funktionen vorgeben, dafür aber durch eine kräftige und prägnante Gestalt wirken und „Lust machen“ den Raum individuell so zu bearbeiten, dass er nutzbar wird.

---

<sup>1</sup> Idee, Konzept und Umsetzung Jochem Schneider

Um das Spannungsfeld aufzumachen, was solche Überlegungen für konkrete Planungen bedeuten können möchte ich Sie an zwei Projekte erinnern, die Sie beide sicherlich kennen. Das eine ist der Prags' Boulevard in Kopenhagen, ein Projekt das von der Landschaftsarchitektin Kristine Jensen konzipiert und realisiert wurde, das andere ist die Tempelhofer Freiheit in Berlin, die von den Berlinern konzipiert und realisiert wurde. Beide Orte bieten Lebensraum für alle. Dies geschieht mit sehr unterschiedlichen Mitteln, einmal im Kontext des (zumindest bis vor kurzen) sehr wachstumstarken Kopenhagen und zum anderen in unserem „arm aber sexy“ Berlin. Bei aller formalen Unterschiedlichkeit haben die Projekte Einiges gemeinsam. Sie liegen an Schnittstellen zwischen Quartieren, beide sorgen für neue Möglichkeiten der Vernetzung, beide sind auf ihre Art einmalig und authentisch, beide bieten – auch – zahlreiche konkrete Nutzungsoptionen an und beide werden von unterschiedlichsten Menschen (Alter, Herkunft, Milieu) aufgesucht. Beide sind auch – und das mag zeigen, wie weit die Eigenschaft „offen“ als positiver Wert bereits in unsere Alltagskultur eingegangen ist – imagebildend für die jeweilige Stadt obgleich denkbar weit entfernt von traditioneller Repräsentation.



## **unfertig**

Nicolai Carlberg und Sören Möller Christensen, zwei junge dänische Planer haben ein interessantes Buch über die atmosphärische Veränderung der Kopenhagener Hafenable mit fortschreitender Konversion veröffentlicht. Sie beschreiben darin, wie mit den neuen Quartieren nach und nach die Ambivalenz und unterschwellige Fremdheit, das etwas Unheimliche, das der ursprünglichen Stimmung eigen war schwindet – und damit genau die besondere Atmosphäre verloren geht, die den Ort überhaupt so attraktiv für eine neue Form des Wohnens gemacht hat. Ein Grund dafür scheint darin zu liegen, dass in Zeiten des Booms eine Tendenz besteht, Quartiere „fertig“ zu machen und sämtliche Entwicklungsflächen zu nutzen. Carlberg Christensen plädieren hingegen dafür, Leerstellen zu lassen, Zonen der Unbestimmtheit, Brachen zu erhalten und auch in Stadtteilen mit großem Wachstumsdruck Flächen zu sichern, die nicht dem direkten Wertschöpfungszyklen unterliegen.

Im vergangenen Jahrzehnt ist durchaus deutlich geworden, wie wichtig die Zwischennutzung temporär ungenutzter Flächen ist. Die Stadtentwicklung ohne Städtebau aus Impulsen unterschiedlicher Akteure heraus ist ein hohes Gut für die Anpassungsfähigkeit einer Stadt an veränderte Verhältnisse und neue Bedürfnisse. Kultur, Subkultur, Szene und Kreative belegen Nischen und Brachen und machen durch diese „Aufladung“ die Flächen nicht selten für investive Entwicklungen wieder attraktiv. Um so unverständlicher ist, dass es kaum Ansätze gibt, Leerstellen in der Stadt als Zukunftspotenziale zu schützen. Bauen was geht, scheint die Devise zu lauten – aber damit fehlen in naher Zukunft genau diejenigen informellen Räume, die Anpassung, Feinjustierung, Kontrastierung innerhalb laufender Entwicklungen ermöglichen. Schlimmer noch: Das ganze Thema „Creative City“ von dem im Grunde alle prosperierenden Städte in Europa gegenwärtig profitieren, wird zum temporären Intermezzo. Wenn sie zu „fertig“ sind, werden Quartiere statisch, unbeweglich, bieten keinen Raum mehr für individuelle Aneignung und unvorhersehbare Momente. Da sich Stadtviertel in der Regel immer wieder punktuell, mal hier mal dort, erneuern, taucht das Problem nicht immer auf –

es gilt aber für alle großen zusammenhängenden Entwicklungs- und Investitionsgebiete, allen voran die Häfen, Gleisanlagen usw.

Thematisiert wird das Prinzip der „Unfertigkeit“ jetzt für das Konzept der IBA 2020 Berlin. Nun herrscht in Berlin genau nicht der Wachstumsdruck, der es für viele andere Städte so abwegig erscheinen lässt, Leerstellen im städtischen Gefüge zu lassen. Dennoch überrascht wie offensiv unter Punkt 3 der Zielsetzungen „Räumliche Entwicklungsspielräume erhalten“ formuliert ist: *„Raum ist eine der wichtigsten Ressourcen Berlins. Berlin braucht jetzt Strategien, um die Entwicklungsspielräume langfristig zu erhalten und damit die für Berlin prägende kulturelle und wirtschaftliche Dynamik (...)“*. In der Stadt, die immer wird und niemals ist, wird nicht nur die Entwicklung von Brachen und Leerstellen in Angriff genommen, sondern gleichsam auch deren Erhalt – und das im Rahmen einer Bauausstellung! Sicherlich ist der Vorgang berlingspezifisch, weil es für die Stadt auch passt erscheint ein Image des Brüchigen, Fragmentierten, eben „unfertigen“ weiter zu kultivieren. Dennoch lässt sich hier Manches lernen.

Die Prinzessinnengärten am Moritzplatz sind zwar kein Projekt der IBA sondern umgekehrt eher der Nährboden aus dem das Konzept mit hervorgegangen ist. Über das Kreuzberger Gartenprojekt wird international breit berichtet – andererseits gibt es Planungen für ein Hochbauprojekt, das auch als „Stadttor“ gedacht ist und dem zersplitterten Umfeld des Moritzplatzes neue Orientierung geben soll. Gegenwärtig ist offen, wie lange die informelle Situation noch bestehen bleibt. Ob es im Sinne einer „Stadt für alle Strategie“ bei Projekten wie den Prinzessinnengärten langfristig darauf ankommen wird, sich den Luxus einer Nichtbebauung zu leisten und ein konzeptionell sehr dichtes Projekt von großer Integrationskraft zu verstetigen – oder ob es mehr um das „Prinzip“ urbaner Garten geht, der sich letztlich auch immer wieder neu verorten lässt – diese Diskussion hat gerade erst begonnen.

Ein ganz anderes Projekt, das in sehr unmittelbarer Weise die Potenziale des Unfertigen demonstriert ist der Torre David in Caracas. Die 45geschossige Bauruine wurde seit der Wirtschaftskrise in Venezuela 1994 nicht fertiggestellt. Sie ist heute informelles Zuhause von 750 Familien und ein intensiv gemischt genutztes Gebäude mit Läden und Sportangeboten der Bewohner (Besetzer),

Gemeinschaftsräumen, kleinen Büros und Arbeitsstätten – eine informelle, vertikale Siedlung. Der Aspekt des Unfertigen beschränkt sich also nicht auf Freiräume sondern zeigt auch im städtischen Maßstab Potenzial.

## **kontextuell**

Bei zwei unterschiedlichen Forschungsprojekten in den letzten Jahren hat sich für mich gezeigt, dass Projekte, die unterstützend oder impulsgebend für öffentliches Leben sind, Gemeinsamkeiten haben. Dies ist deutlich geworden bei der Arbeit an einem Buchprojekt im Auftrag der Wüstenrotstiftung<sup>2</sup> bei dem Planungsstrategien unterschiedlicher europäischer Städte untersucht wurden. Und es hat sich bei einem Forschungsprojekt an der Hochschule gezeigt, bei dem die Impulswirkungen von Projekten in urbanen Zwischenräumen, an Schnittstellen oder Übergangszonen zwischen verschiedenen räumlichen Situationen gezeigt werden konnte. In beiden Fällen lies sich eine Art Matrix mit Themen und Handlungsansätzen, aber auch Akteurskonstellationen und Prozessaspekten, die immer wieder vorkommen, erstellen. Dabei werden in einem Projekt selten alle in der Matrix zusammengetragenen Aspekte bedient, stets aber eine kritische Menge. Die Projekte Guter Praxis eint eine strategische Gemeinsamkeit, insofern dass sie übergeordnete Themenfelder (z.B. Freiräume qualifizieren, wichtige Akteure frühzeitig einbinden) individuell interpretieren und die Planungskonzepte maßgeschneidert für die jeweilige Fragestellung sind. Diese „ortsspezifische“ Vorgehensweise scheint ein Schlüsselfaktor für „erfolgreiche“ Stadtentwicklungskonzepte zu sein. In diesem Sinn kann ein kontextuelles Konzept heute kaum noch der geniale Vorschlag eines Einzelnen sein. Die Frage wäre vielmehr: erfordert, erzwingt der Anspruch ortsspezifisch zu handeln interdisziplinäre Teams und Beteiligungsprozesse? Kontextuell zu arbeiten würde damit zunächst eine Planungshaltung beschrieben.

Wenn wir aber über Qualitäten öffentlicher Räume sprechen wollen, so ist eine lokale Verwurzelung im Augenblick mehr Regel als Ausnahme. Die Bandbreite dessen was „kontextuell“ ist reicht dabei von programmatischen bis hin zu räumlichen Aspekten oder schlicht einer engen Anbindung an lokale Kräfte und Akteure. Dies lässt sich an drei völlig unterschiedliche Projekte illustrieren.

Die Westergasfabriek ist auf dem Gelände eines Amsterdamer Gaswerks entstanden. Heute sind die soziokulturelle Einrichtungen in den Bestandsgebäuden und der Park Anziehungspunkte über das Quartier hinaus.

---

<sup>2</sup> Jessen, J./ Meyer, U.M. / Schneider J.: stadtmachen.eu Urbanität und Planungskultur in Europa



Das Projekt interpretiert die vorgefundenen Qualitäten, dies gilt für den Umgang mit den Hochbauten ebenso wie für freiräumliche Themen. Was ich aber als „kontextuell“ hervorheben möchte ist, wie ungezwungen die angrenzenden Eisenbahnstrecke in das Gesamtszenario mit eingebettet ist. Im Kontext verhält sich die Westergasfabrik also gleich mehrfach: im Hinblick auf die Historie, Beteiligungsaspekte im Prozess, formale Anleihen und Bezug zu Transportsystemen der Gegenwart.

Auch bei Stanica in Zilina in der Slowakei ist Verkehr ein Thema. Hier wird ein großer Verkehrsknoten (eine Hochstraße und ein Bahnhof) dadurch wieder in die Stadt eingebettet, dass an dem eigentlichen „Un-Ort“ zusätzliche Programme von der lokalen freien Kultur und Aktivistenszene angeboten werden. Dabei erfolgt die Integration kaum durch räumliche Veränderungen. Entscheidend ist, dass durch die Besetzung und Transformation des Bahnhofes durch die Aktivisten heute a) Menschen sich am Bahnhof auch aufhalten, b) die Wege frequentierter und angenehmer sind und c) die Off Szene der Stadt eine Heimat gefunden hat. Workshops, Jugendarbeit und Performances sind auf die Fahrzeiten der Bahn abgestimmt – und der abgelegene Bahnhof ist einer der wichtigsten sozialen Orte der Stadt.

Bei der Konversion des Carlsberg Brauerei Geländes in Kopenhagen hingegen werden räumliche Besonderheiten als konzeptionelles Rückgrat für die städtebauliche Entwicklung genutzt. So wird z.B. das verzweigte Netz der Keller öffentlich zugänglich gemacht und bildet sich gleichzeitig oberirdisch als eine Sequenz öffentlicher Räume ab. Die kraftvolle Architektur des Bestandes soll Identifikationspunkte schaffen und das Projekt, das mit seinen zahlreichen Hochpunkten vergleichsweise untypisch für die Stadt ist, lokal verankern.

Im Zentrum des Impulses standen die konkreten räumlichen Qualitäten, die ein „Recht auf Stadt“ stützen können. Angesprochen sind hier in erster Linie Landschaftsplaner und Planerinnen. Auf der Ebene der Stadtplanung löst der Anspruch eine „Stadt für alle“ fördern zu wollen eine ganze Lawine an Aufgaben aus. Dabei muss eine selbstbewusste Entwicklungsplanung einer Stadt dem Ziel Stadt für alle zu machen grundsätzlich nicht im Wege stehen. Zugegeben gibt es gegenwärtig wenige Beispiele, wo in einer prosperierenden, in Wirtschaftskraft und an Einwohnern wachsenden Stadt soziale Gerechtigkeit auf breiter Front sichtbar wird. In der Tat ist aber zum Beispiel das Thema bezahlbarer Wohnraum sowohl in Kopenhagen wie Zürich, Hamburg wie New York auf die Agenda gerückt – und möglicherweise nicht nur als unumgängliche politische Reaktion auf den (unbezahlbaren) Status Quo und entsprechenden Protest, sondern als „das nächste Thema“ für Städte, die bemüht sind sich durch eine vorausschauende Planung zu profilieren und Zukunftsperspektiven aufzuzeigen.

Wie das dann geht, wo man die Grenzen ziehen muss, wird zu diskutieren sein. Ist es ein wichtiger und richtiger Schritt, wenn die Stadt Hamburg das Gängeviertel von dem Investor zurück kauft und dort den alternativ kulturellen Standort nun fördern will, oder ist dies nur eine medienwirksame Aktion weil die verhandelten Inhalte gut mit dem Leitbild der Kreativen Stadt harmonieren? Ist „affordable housing“ im großen Stil in Brooklyn um sozialen Ausgleich bemüht oder fördert es die Entwicklung Manhattens hin zu einer gigantischen „gated community“? Oder: macht die 2000 Watt Gesellschaft in Zürich - ein ambitioniertes Entwicklungsziel mit Blick auf den Klimawandel – das Leben in der Stadt endgültig zum Luxus? Solche und ähnliche Fragen werden in den Planungsdiskurs der kommenden Jahre einfließen müssen, wenn wir städtische Entwicklungen z.B. auch den Rückzug vieler älterer Menschen in die Städte gestalten wollen. Ja PlanerInnen haben hier eine große Verantwortung, die es wahrzunehmen gilt - und ja, selbstverständlich ist Planung auch eine politische Aufgabe.